



**WAT FOTT ES, ES FOTT!**

# **Köln: OB Reker zweitunbeliebteste Bürgermeisterin Deutschlands**

Von MARKUS WIENER | Die Woche fängt ja gut an für Henriette Reker! Erst wurde die linksgrün sozialisierte Kölner Oberbürgermeisterin am Wochenende bei einer Rede zum “Tag der Honigbiene” von einer offenbar neidischen [Wespe gestochen](#), dann folgte am Montag der nächste Tiefschlag:

Laut [Forsa-Umfrage](#) ist Reker inzwischen die zweitunbeliebteste Bürgermeisterin Deutschlands! Nur noch eine Armlänge Abstand entfernt vom Bremer Bürgermeister Carsten Sieling (SPD), den glatte 64 Prozent der Bürger zumindest politisch zum Teufel wünschen.

Bei Reker sind das immerhin schon 59 Prozent der befragten Kölner, denen nur 33 Prozent Zufriedene gegenüber stehen. Ein dramatischer Ansehensverlust innerhalb kürzester Zeit:

Nach ihrer Wahl im Jahr 2015 waren noch 52,6 Prozent der Bürger mit Reker zufrieden gewesen, jetzt heißt es in der Domstadt dagegen immer öfter [“Reker muss weg!”](#).

Besonders peinlich für Reker ist auch folgende Erläuterung von

[Forsa-Chef Manfred Güllner](#) zur vorgelegten Umfrage:

*Die Urteile über die Bürgermeister werden weitgehend losgelöst vom parteipolitischen Umfeld aufgrund der persönlichen Qualifikation der Amtsinhaber gefällt. So erhalten Maly und Reiter Bestnoten, obwohl die bayerische SPD seit Jahren in der Bedeutungslosigkeit dahindämmert. Und CDU-Mann Kufen wird als Person in einer ehemaligen SPD-Hochburg positiv bewertet. Umgekehrt sind die Stuttgarter und die Kölner mit der Arbeit von Fritz Kuhn und Henriette Reker trotz der starken Verankerung der Grünen in beiden Städten nicht sonderlich zufrieden.*

Nicht nur PI-NEWS-Leser wissen seit Jahren um die Skandale und [Fehlritte von OB Reker](#). Ihre empathielosen Äußerungen zur schändlichen Kölner Silvesternacht 2015/2016 bilden wahrlich nur die Spitze eines Eisberges. Auch sonst hat Reker realpolitisch in Köln keine Erfolgsbilanz vorzuweisen. Im Gegenteil: Die alten Probleme sind die neuen, egal ob Türken-Fritz Schramma, der rote Rambo Roters oder jetzt eben Armlängen-Henriette Reker im Rathaus residieren.

Ein Beispiel dafür liefert eine weitere Rangfolge der aktuellen Forsa-Umfrage, bei der die Domstadt sogar den letzten Platz belegt: Köln ist die Großstadt, in der sich die Bürger seit vielen Jahren am meisten über den Dreck an allen Ecken und Enden beschweren...



Markus

Wiener.

[PI-NEWS-Autor Markus Wiener](#) schreibt bevorzugt zu Kölner und tagespolitischen Themen für diesen Blog. Der 41-jährige Politologe und gelernte Journalist ist parteiloses Mitglied des Kölner Stadtrates und der Bezirksvertretung Chorweiler. Seit über 20 Jahren widmet er sein politisches und publizistisches Engagement der patriotischen Erneuerung Deutschlands. Der gebürtige Bayer und dreifache Familienvater ist über [seine Facebook-Seite](#) erreichbar und bloggt zur Kölner Kommunalpolitik auch unter [rutwiess.blog](#).

---



## Düsseldorf: Iraner ersticht Deutsche auf offener Straße

Von BEN NICKELS | Düsseldorf kommt nicht zur Ruhe – mindestens der sechste schwere Messerangriff in den letzten Wochen mit fatalem Ausgang und SEK-Einsatz: Der 44-jährige Iraner Ali S. (44) griff am Montag Morgen um 7:38 Uhr mitten auf dem Gehweg der Bachstraße eine 36-Jährige mit einem Messer an. Er war maßgeblich in seiner „Ehre verletzt“ worden.

Die dagegen körperlich schwerst verletzte Deutsche verstarb nach einem Todeskampf zwei Stunden nach der Tat an den erheblichen Stichverletzungen auf der Intensivstation. Die Fahndung nach dem „flüchtigen Mann“ dauert derzeit an.

Am Montagmorgen alarmierte ein Zeuge die Polizei und berichtete, dass ein Mann auf der Bachstraße im prekären Düsseldorfer Stadtteil Friedrichstadt eine Frau attackiert habe. Der Täter habe, so berichtet ein Augenzeuge, die Frau schon ab der Kreuzung Friedrichstraße / Bachstraße „mit einem Messer“ verfolgt. Er soll der Frau zunächst mit der Faust auf den Kopf geschlagen haben. Die Frau sei dann gestürzt, habe bäuchlings auf dem Boden gelegen. Auf dem Boden liegend metzelte er dann feige sein Opfer nieder. Der Täter flüchtete nach der Bluttat. Ein Rettungswagen brachte die lebensgefährlich verletzte 36 Jahre alte Frau in eine Klinik, wo sie trotz aller Bemühungen der Ärzte nicht mehr gerettet werden konnte.

Die iranische Messerfachkraft hatte einen blauen Jogginganzug getragen. Ein Augenzeuge schilderte, dass das Opfer schreiend über die Bachstraße gelaufen sei und laut um Hilfe gerufen habe – auch eine kehlige laut schreiende Männerstimme sei zu hören gewesen. Nach der Tat versuchten Passanten, die Blutungen der Frau mit ihren Kleidungsstücken zu stoppen. Ein Anwohner verfolgte den Täter mit dem Fahrrad in Richtung Brunnenstraße in Bilk. Eine SEK-Einheit wurde dann angefordert, die in die Wohnung des Verdächtigen an der Brunnenstraße eindrangen, um diesen festzunehmen. Der Iraner wurde in der Wohnung allerdings nicht persönlich angetroffen.

Eine Mordkommission „MK Bach“ wurde eingerichtet und hat die weiteren Ermittlungen übernommen. Die Hintergründe der Tat sind noch völlig unklar – offenbar handelte es sich um eine Beziehungstat oder einen „[Ehrenmord im Affekt](#)“, der vor deutschen Strafkammern in der Regel wohlwollend sanktioniert wird. Noch dazu an einer Deutschen.

### **Bluttaten haben Hochsaison in Düsseldorf**

Fast könnte man meinen, in Düsseldorf sei derzeit die „Sechste Jahreszeit am Rhein“ angebrochen. Seit wenigen Wochen nehmen brutale Messer- und Axt-Übergriffe – vor allem in den prekären

Ost-Stadtteilen Friedrichstadt, Bilk, Flingern, Mörsenbroich, Rath oder in „Klein Marokko“ im so genannten Maghreb-Viertel Nähe Hauptbahnhof – „beängstigend“ zu.

In Flingern fingerte ein „emotional verwirrter“ Täter am Mittwoch mit seinem 25-cm-Fleischermesser in der Rheinbahn herum und stach dabei einer 27-jährigen Düsseldorferin unvermittelt in den Hals – sie wurde schwerst verletzt, [PI-NEWS berichtete](#).

### **Mordversuch in Bahn war geplantes Gemetzel an Frauen**

Wie die Kripo Düsseldorf nun mitteilte, griff der „Psychisch Verwirrte“ in der Straßenbahn [auch zwei weitere Frauen an](#) – Fahrgäste schritten ein und beschützten sie bei dem geplanten Gemetzel nach der ersten Tat. Der Haftrichter verschonte den Täter, der immerhin einen Mehrfachmord in der Linie 709 im Stadtzentrum plante, vor der U-Haft. Der Messerstecher wurde zur mehr-oder-weniger-geschlossenen forensischen Betreuung geschickt. Der Täter sei der Polizei zwar bekannt, wie die ermittelnde Staatsanwältin Britta Zur erklärte, „jedoch nur wegen kleinerer Delikte, bei denen die Ermittlungen wieder eingestellt wurden“.

### **Zwei Axt-Attacken durch „Verwirrte“ am 20. Juli**

Ausgerechnet am 20. Juli – heute vor einem Monat – wurden Spezialkräfte der Düsseldorfer Polizei in gleich zwei Fällen gerufen, da Männer in Düsseldorf „an diesem Freitag“ mit Äxten agierten und unbeteiligte Menschen attackierten. Bei einem Angriff in Düsseldorf-Oberbilk bedrohte ein „Psychisch Verwirrter“ Passanten an einer Linienbus-Haltestelle.

Ebenfalls an diesem Freitag stand in Düsseldorf-Mörsenbroich ein weiterer 71-jähriger (!! ) „psychisch traumarisierter Schutzbedürftiger“ mit sehr dunkler Hautfarbe mit einer Axt vor der Tür seiner Nachbarin. Für seine Festnahme kam es auch zum Einsatz von Reizgas und Warnschüssen. Nach sofortiger ärztlicher Einschätzung wurde der Mann statt in U-Haft in eine

psychiatrische Klinik chauffiert: Zwei Polizeibeamte erlitten im Zuge der Schussabgabe ein Knalltrauma, der „Randalierer“ eine leichte Schürfwunde. Sanitätsdienste und eine Ärztin wurde daher hinzugezogen und im weiteren Verlauf erfolgte die Einweisung des Mannes nach dem „Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten“ in eine Düsseldorfer Spezialklinik. „20. Juli“ – für was opferten die mutigen Patrioten um Claus Schenk von Stauffenberg ihr Leben?

### **Düsseldorf-Oberbilk – eine Axt spaltet die Gesellschaft**

Am S-Bahnhof Oberbilk stritt sich ein weiterer „Axtschwingender“ aus einem Auto [heraus mit Passanten](#), die es wagten, just am Freitag (halal) einen Hund (haram) mit sich zuführen. Erst fuhr der Wagen weiter, dann drehte er um und der 51-jährige Beifahrer stieg mit einem Beil in der Hand aus. Er ging auf die Gruppe los und holte mit der Axt aus – er drohte immer wieder, mit dem Spaltinstrument auf die Passanten und den Hund einzuschlagen, rangelte dann mit einem 26-Jährigen, der dabei verletzt wurde. Die alarmierten Einsatzkräfte der Polizei trafen den „immer noch axtschwingenden Mann“ aus dem Südländ auf der „Mittelinsel“ der Straße an. Auch er kam der Aufforderung der Beamten nicht nach, die Axt fallen zu lassen. Sprachschwierigkeiten – Fragen, Frau KünaXt?

Stattdessen ging er mit erhobenem Kriegsbeil auf die Polizisten zu. Diese setzten Tierabwehrspray – gegen den Mann, nicht den Hund – ein. Der Tatverdächtige – nicht das Opfer – wurde sofort in einem Krankenhaus ambulant versorgt, konnte jedoch von dort glücklicherweise nach Hause entlassen werden. Gegen ihn werde wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung ermittelt, „seine Personalien“ wurden dazu festgestellt.

**Beziehungstat: Ägypter Ahmed F. ermordete seine Tochter Sara (7)**

Ebenfalls in Düsseldorf-Rath kam es im Juli zu einer

„Beziehungstat“ mit nach Polizeiangaben „[typischer Bedrohungslage](#)“, [PI-NEWS](#) berichtete umgehend mit Täterdetails. Dabei erfolgte auch ein SEK-Großeinsatz. Der heißblütige 32-jährige Ahmed F. hatte sich während eines Videotelefonats mit seiner Frau Katharina, 44, gestritten. Zum Zeitpunkt des Streits war der Ägypter mit seiner Tochter allein in der gemeinsamen Wohnung. Als die Video-gestützte Auseinandersetzung eskalierte, drohte er, die verzweifelte siebenjährige Sara umzubringen und bedrohte sie mit einem Messer. In Todesangst um Sara fuhr die Mutter von der Arbeitsstelle in die Wohnung und alarmierte sofort die Polizei. Sofort machten sich zahlreiche Einsatzkräfte auf den Weg, auch der Lidl-Markt in Mörsenbroich-Rath wurde geräumt. Spezialeinheiten (SEK) wurden ebenfalls angefordert, da man von einer Geiselnahme ausging. Noch vor der Haustür flehte Katharina F. ihren Mann Ahmed an, der gemeinsamen Tochter Sara nichts anzutun. Leider vergeblich.

### **Düsseldorf: „Psychisch verwirrter Tunesier“ sticht Security-Mann in den Hals**

Ebenfalls im Juli stach ein „psychisch verwirrter“ Düsseldorfer „tunesischer Herkunft“ am Flughafen einem Security-Mitarbeiter von hinten in den Kopf, das Opfer zog sich lebensgefährliche Verletzungen zu. [PI-NEWS berichtete](#) mit Details über die Täter-Herkunft, im Gegensatz zur Lückenpresse. Dort konnte man nur lesen, dass der tatverdächtige „Deutsche wohl psychische Probleme“ habe.

Die prekär-bunten Stadtteile Mörsenbroich-Rath, Flingern und Oberbilk werden im Rahmen des „Integrierten Städtebauförderprogramms Soziale Stadt“ mit Integrations-Steuermitteln im dreistelligen Millionenbereich gefördert. Doch Düsseldorf gehört in punkto „Innere Sicherheit“ mittlerweile zu den absoluten negativen Paradebeispielen der Republik. Die Landeshauptstadt Düsseldorf verzeichnete zwischen 2012 bis 2016 zudem mit 63 Prozent den höchsten Schuldenanstieg aller NRW-Großstädte.



Trotzdem lechzte auch Oberbürgermeister Thomas Geisel, 54, SPD (geboren in der Asyl-Chaos-Stadt „[Ellwangen](#)“) ausgerechnet im Düsseldorfer Messermonat Juli um „Neues Menschenmaterial“ für seine Asylindustrie, als er in einem Brief an Merkel anbot, [illegal importierte Goldschätze aus der so genannten „Seenotrettung“](#) in der geschundenen Rheinmetropole aufzunehmen. Er wolle ein Zeichen „für mehr Menschlichkeit setzen und das Recht auf Asyl und Integration“.

Ist es nur falsch verstandene „Humanität“ oder steckt zynisches Kalkül zum Schaden der noch verbliebenen deutschen Einwohner dahinter?



## **AfD fordert Rücktritt von OBs aus Köln, Bonn und Düsseldorf**

Mehrere AfD-Landtagsabgeordnete und Kommunalpolitiker aus NRW haben in einem gemeinsamen offenen Brief den Rücktritt der Oberbürgermeister von Köln, Bonn und Düsseldorf gefordert.

Die AfD-Politiker aus der Rheinschiene Köln-Düsseldorf werfen den Stadtoberhäuptern Henriette Reker (Köln), Ashok-Alexander Sridharan (Bonn) und Thomas Geisel (Düsseldorf) vor, durch ihren [offenen Brief an Angela Merkel](#) eigenmächtig weitere Fehlanreize für die internationale Schlepper- und Asylindustrie gesetzt zu haben.



Dieser unverantwortliche "Humanitätswahn", so die AfD-Oppositionspolitiker, würde tausende illegale Migranten zusätzlich auf den Weg locken – mit allen bekannten Folgen und Begleiterscheinungen für die drei Großstädte am Rhein.

Hier die wesentlichen Auszüge aus dem AfD-Brandbrief:

*Nach der langwierigen Grenzschutzdebatte stürzt man sich jetzt auf die angebliche „Seenotrettung“, will diese Fiktion unter allen Umständen aufrechterhalten und reklamiert dafür eine Art „Überrecht“. Sie senden den Schleusern das Signal, dass sie so weitermachen können wie bisher. Wer hat Sie drei dazu ermächtigt?*

*Die Räte der Stadt Bonn, Stadt Düsseldorf und Stadt Köln? Die Sie unterstützenden Parteien? Woher nehmen Sie die Berechtigung, weitere Sozialmigranten für Bonn, Düsseldorf und Köln anzufordern?*

*Haben Sie das herrschende Asylchaos noch immer nicht zur Kenntnis genommen? Haben Sie die Verschuldung Ihrer Städte ausgeblendet? Alle drei Städte haben hohe Schulden, Spitzenreiter ist Köln mit knapp 5 Mrd. €.*

*Wollen Sie die „Geretteten“ auf Pump finanzieren, sich in „Humanität“ sonnen und kommenden Generationen die horrenden Kosten aufbürden?*

*Leben Sie – rundum geschützt – in „gated communities“ und ist Ihnen die schon jetzt große Wohnungsnot unbekannt? Wo ist der bezahlbare Wohnraum für Normalbürger?*

*Die Hauptlast der Massenzuwanderung tragen von denen die „schon länger hier leben“ seit Jahrzehnten die in den nicht so teuren Stadtteilen, interessiert Sie das?*

*Allein in NRW gibt es mehr sogenannte „Flüchtlinge“ als in ganz Italien. Deutschland hat im Jahr 2016 mehr sogenannte „Asylanten“ aufgenommen als alle anderen Länder der Welt*

*zusammen. Reicht*

*Ihnen das immer noch nicht?*

*Haben Sie vergessen, dass für Kitas, Schulen, Schwimmbäder, Straßen und Brücken kein Geld da ist? (...) Die Kinderarmut ist auf ein Rekordniveau gestiegen, jedes fünfte Kind in NRW Hunderttausende leben in Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften, berührt Sie das?*

*Ist Ihnen unbekannt, dass Rentner die ihr Leben lang gearbeitet haben und nun pflegebedürftig geworden sind, in die Sozialhilfe rutschen?*

*Währenddessen werden Hunderttausende, die sich hier unberechtigt aufhalten, nie ins Rentensystem eingezahlt haben und dies auch niemals tun werden, bis ans Lebensende finanziert mit Summen die auf 450 Mrd. € beziffert werden.*

*Ist Ihnen nicht klar, dass Sie mit Ihrem Humanitätswahn ein Signal aussenden, dessen Auswirkung sein wird, dass sich noch mehr eingeladen fühlen und sich auf den Weg nach Europa machen, oder wollen Sie genau das?*

*Sie sind gewählt um Politik für die Bürger von Köln, Düsseldorf und Bonn zu machen und nicht für den Rest der Welt! Wir lehnen Ihren Wunsch nach weiterer Zuwanderung von Sozialmigranten als unverantwortlich ab.*

*Sie tun das doch alles nicht für die angeblichen Flüchtlinge, Sie tun das für sich selbst! Fühlen Sie sich jetzt besser?*

*Bewahren Sie unser Land vor noch mehr nicht wieder gut zu machendem Schaden:*

*Treten Sie zurück!*

*Mit freundlichen Grüßen*

*Roger Beckamp MdL NRW, Sven Tritschler MdL NRW u. MdR Köln,*

*Iris Dworeck-Danielowski MdL NRW, Herbert Strotebeck MDL NRW, Nic Vogel MDL NRW, Stephan Boyens MDR Köln, Wolfram Baentsch MDR Köln, Uta Opelt MdR Düsseldorf, Christer Cremer, Kreisvorsitzender AfD Köln*

[Hier der Offene Brief](#) in voller Länge. Neben dieser Rücktrittsaufforderung und sonstigem öffentlichen Widerspruch plant die AfD dem Vernehmen nach auch noch weitere Vorstöße gegen die Asyllobby-Aktion der rheinischen Oberbürgermeister. Die politische Sommerpause könnte am Rhein dieses Jahr kürzer ausfallen als üblich.

---



## **Die Willkommensindustrie braucht „Frischfleisch“**

Von JUPITER | Jeder, der noch seine Sinne beisammen hat, fragt sich, was die (Spatzen?)Hirne der/die/das Bürgermeister von Köln, Bonn und Düsseldorf veranlasst hat, die Bundeskanzlerin zu noch [mehr humanitärer Hilfe](#) bei der „Seenot-Rettung“ im Mittelmeer aufzufordern. Ist es reine Humanität oder steckt zynisches Kalkül dahinter?

Was treibt ausgerechnet die Stadtvorsteher zu solchen ungewöhnlichen Briefen ([PI-NEWS berichtete](#)) an, deren Städte finanziell [„aus dem letzten Loch pfeifen“](#) und in punkto Innere Sicherheit zu den negativen Paradebeispielen der Republik

gehören?

### **Hochverschuldet und mit akuter Wohnraumnot behaftet**

- Das Köln der Henriette Reker (parteilos, „Armlänge Abstand“) hat mit 4,9 Milliarden Euro den höchsten Schuldenberg Nordrhein-Westfalens angehäuft.
- Das Bonn des katholischen indisch-stämmigen Ashok Sridharan (CDU) steht mit 6.348 Euro Pro-Kopf-Verschuldung bundesweit im oberen Feld.
- Die Landeshauptstadt Düsseldorf mit Thomas Geisel (SPD) verzeichnete zwischen 2012 bis 2016 mit 63 Prozent den höchsten Schuldenanstieg der NRW-Großstädte und kann seine Schulden nur dank sprudelnder Steuerquellen moderat halten.

Alle Städte leiden unter erheblichen Wohnraumdefiziten und hohen, für Normalbürger kaum bezahlbaren Mietpreisen. Ganz zu schweigen von der Bedrohung durch kriminelle Zuwanderer, die noch vor kurzem euphemistisch „Flüchtlinge“ genannt und mit Teddybärchen begrüßt wurden, bis sie u.a. dann beim Kölner Silvester 2015/16 erst Kardinal Woelkis Dom mit Feuerwerksraketen beschossen und anschließend im Schatten von Deutschlands Sakralbauwerk Nummer 1 deutschen Frauen die Finger in die Scheiden steckten (Ja, so war`s leider).

Haben die Bürgermeister der drei Rheinstädte vor dem Brief an Merkel ihre Stadtverordneten befragt und sich Mehrheiten geholt? Haben sie ihre Bürger um Rat gefragt bei dieser (über)lebenswichtigen Frage?

Während Deutschlands Städte im Schuldensumpf versinken und insbesondere NRW heraussticht, gibt das Trio vor, sich von reiner Humanität leiten zu lassen, ein Zeichen für mehr Menschlichkeit zu setzen „für das Recht auf Asyl und Integration“. Aber stimmt das im Kern? Oder gibt es noch ganz andere, handfestere Gründe für den Brief?

## **Wohltäter? Eher wohl Kalkulanten wider Volk und gesundem Menschenverstand**

Man muss das Schreiben der drei „Wohltäter“ genau lesen, um ihnen auf die Spur zu kommen. „Unsere Städte können in Not geratene Flüchtlinge aufnehmen“, heißt es da. „Können“? Sind damit leerstehende oder sich zusehends leerende Flüchtlingswohnungen gemeint?

Noch mehr öffnet der Deutsche Städte- und Gemeindebund die kommunale Gedankenwelt, der die Initiative der drei Rheinstädte ausdrücklich begrüßte. Ihr Angebot zeige einmal mehr, wie sehr sich die Kommunen in der Flüchtlingspolitik engagieren, sagte Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg. Um dann die Katze vollends aus dem Sack zu lassen: „Viele Unterkünfte stehen leer“, u.a. weil andere Fluchtrouten geschlossen wurden.

Darum geht es also: um leerstehende, nicht genutzte, Kosten verursachende Wohnungen, die wieder mit „Leben“ gefüllt werden sollen. Das bedeutet wiederum sprudelnde Geldquellen von Seiten des Bundes, die unterm Strich – nach Eigenbeteiligung – den Kommunen in Deutschland offenbar noch ausreichend finanziellen Segen bringen, um sich zu engagieren.

Denn bezahlen sollen die „Humanität“ andere: der Bund vorzugweise, also die Steuerzahler. Darauf hat Landsberg unmissverständlich hingewiesen. „Ob aus Seenot gerettete Flüchtlinge nach Deutschland kommen sollen, ist keine Entscheidung der Städte und Gemeinden, sondern eine der Bundesregierung“. Generell bleibe unverzichtbar, dass Bund und Länder die Kosten zu tragen hätten.

Und um den Braten richtig und dauerhaft fett zu machen, wird gleich noch eine nachhaltige europäische Gesamtlösung für die „Seenotrettung“ angemahnt.

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass der Asyl-Rubel für die Flüchtlingslobby richtig rollen muss, dann ist es der

aktuelle [Applaus des Flüchtlingsrates](#) NRW. Für die Geschäftsführerin des Flüchtlingsrates NRW ist das Handeln der Städte ein Signal, dass es mit „Abschottung“ nicht weitergehen müsse. Als nächstes dürfen sich die Deutschen darauf einstellen, dass sich auch die anderen Profiteure der Flüchtlingspolitik hilfreich zu Wort melden, als da sind: Kirchen, Wohlfahrtsverbände etc. pp. Alle die, für die der Kuchen kleiner wird und die unter dem Siegel der Humanität für Nachschub sorgen müssen.

So sieht es also aus, mit der „Humanität“ von Frau Reker usw... Sie hat mindestens zwei Seiten. Eine Kommentatorin von WeLT online traf den Nagel auf den Kopf: „Die Willkommensindustrie braucht Frischfleisch“.



## **Köln: OB Reker zeigt Herz für Autonome und Asylbewerber**

Von MARKUS WIENER | Während sich der halbe Kölner Stadtvorstand [in Auflösung befindet](#), wendet sich Oberbürgermeisterin Henriette Reker den wirklich wichtigen Problemen zu: Nach einem [Beschwichtigungsbesuch](#) bei der linksradikalen Szene im sogenannten „Autonomen Zentrum“ fordert Reker nun auch noch im Verbund mit den Stadtoberhäuptern von Bonn und Düsseldorf die Zuweisung von [mehr illegalen Migranten](#) und Asylbewerbern. Tenor des

Schreibens an Bundeskanzlerin Angela Merkel: Abschottung könne nicht die Lösung sein und die drei rheinischen Großstädte wären daher zur Aufnahme von noch mehr "Flüchtlings" bereit.

Was auf den ersten Blick wie eine Zeitungssente im Sommerloch anmutet, ist bitterer Ernst. Da werden chronisch klammen Stadtkassen und hunderte Millionen Euro kommunaler Mehrausgaben einfach ausgeblendet. Von wachsender Wohnungsnot, der Erosion der öffentlichen Sicherheit und zunehmenden kulturellen Konflikten einmal ganz abgesehen. Aber wie formulierte es schon eine führende CDU-Kommunalpolitikerin auf dem Höhepunkt der Asylkrise im Kölner Sozialausschuss so lapidar: Geld darf hier keine Rolle spielen!

### **Fernstenliebe statt Nächstenliebe**

Ein Satz, den Kölner Ehrenamtler oder Eltern mit schulpflichtigen Kindern in maroden Gebäuden eher selten zu hören bekommen. Ebenso wenig tausende Kölner mit Wohnberechtigungsschein, aber ohne Aussicht auf eine städtisch geförderte preiswerte Unterkunft. Es müssen halt Prioritäten gesetzt werden. Fernstenliebe statt Nächstenliebe wird schließlich auch von den christlichen Amtskirchen als neue Bibelauslegung gepredigt und kirchliche Wohlfahrtsverbände haben ebenfalls schon lange erkannt, dass sich in der Asylindustrie mehr Geld verdienen lässt als mit der schnöden Betreuung von einheimischen Hilfsbedürftigen, Obdachlosen und Senioren.

So gesehen verwundern die neuesten Kapriolen von Henriette "[Eine-Armlänge-Abstand](#)" Reker nicht wirklich. Die Chronistenpflicht gebietet es aber trotzdem, derartiges Gebaren zu Lasten der "schon länger hier Lebenden" für die Nachwelt festzuhalten. Wobei natürlich auch solchen Politikern Gerechtigkeit zuteilwerden soll: Denn wenn es sich um Linksextremisten handelt, dann wird auch das oberbürgermeisterliche Herz von Henriette Reker ganz weit für die Sorgen und Nöten einheimischer Bürger.



So wie beim eingangs erwähnten Reker-Besuch im linksautonomen Zentrum an der Luxemburger Straße. Die dort in einem städtischen Gebäude liebevoll subventionierte Extremistenszene begehrt seit Monaten auf, weil das Grundstück im Rahmen der neuen Verwaltungspläne für den Kölner Grüngürtel in Zukunft nicht mehr für deren Umtriebe zur Verfügung stehen soll. Da versprechen linke Musterdemokraten dann schnell mal einen "heißen Sommer" und pöbeln lautstark in der letzten Ratssitzung auf der Besuchertribüne herum. Bisläng vergebens, doch Rettung naht womöglich durch Reker höchstpersönlich. Die Oberbürgermeisterin hat das Thema vor einigen Tagen mit einem zweistündigen Besuch im "Autonomen Zentrum" zur Chefsache gemacht und angeblich bereits einen Alternativstandort versprochen.

Weil derartiges Gemauschel mit Linksextremisten in Köln seit Jahrzehnten Usus ist und in den städtischen Gremien sämtliche kritische Nachfragen dazu regelmäßig abgeblockt werden, hat der Kölner Landtagsabgeordnete Sven Tritschler (AfD) die Angelegenheit nun wiederum in den Landtag gebracht: In einer Anfrage unter dem Titel "[Autonomes Zentrum – Beherbergt die Stadt Köln Verfassungsfeinde?](#)" fordert der AfD-Fraktionsvize und Kölner Ratsherr von der Landesregierung detaillierte Angaben zu den dort auf städtische Kosten beherbergten Gruppen und Personen ein. Auch polizeiliche Erkenntnisse und die Rechtslage hinsichtlich der öffentlichen Förderung extremistischer Strukturen kommen auf's Tablet. Eine Begleitmusik, die Reker bei ihrer devoten Suche nach einem neuen Extremistentreff in Köln bestimmt nicht gerne hören dürfte.

---



Markus  
Wiener.

[PI-NEWS-Autor Markus Wiener](#) schreibt bevorzugt zu Kölner und tagespolitischen Themen für diesen Blog. Der 41-jährige Politologe und gelernte Journalist ist parteiloses Mitglied des Kölner Stadtrates und der Bezirksvertretung Chorweiler. Seit über 20 Jahren widmet er sein politisches und publizistisches Engagement der patriotischen Erneuerung Deutschlands. Der gebürtige Bayer und dreifache Familienvater ist über [seine Facebook-Seite](#) erreichbar und bloggt zur Kölner Kommunalpolitik auch unter [rutwiess.blog](#).

---



## **Köln: Tansanier Brian vergewaltigt 21-jährige mit 30 Fausthieben**

Von JOHANNES DANIELS | Auch unser Karneval „[wird sich ändern](#) und zwar drastisch – und ich freu mich mich drauf – er wird

bunter werden, ja wie wunderbar ist das, das haben wir uns immer gewünscht“, krakeelen die Jecken des grünen Narren-Dreigestirns. Auch im Kalifat Köln, der Stadt des stets zu lustigen Streichen animierenden Funkenmariechens Henriette Reker, hat sich der Karneval im Zuge des „Experiments“ leicht verändert – da helfen auch keine armlangen bunten [„Respect-Bändchen“ auf Kosten des Steuerpflichtigen](#).

### **„Zwei Karnevals-Anzeigen wegen Vergewaltigung“**

... titelte [BILD](#) in alter Kölle-Alaaf-Manier, und zitierte den Jecken-Polizeieinsatzleiter Martin Lotz: „Unser Einsatzkonzept ist flächendeckend aufgegangen“. Genau wie 2016 auf der Kölner Domplatte, als die Polizei die feiernden Rapefugees scheinbar noch zu [ihrem bunten Treiben anfeuerte](#). Die Unfähigkeit der Kölner Behörden wurde tagelang vertuscht, bis erst [PI-NEWS](#) die nackten Tatsachen beschrieb: „Köln – Szenen wie im Krieg“.

Welche unglaubliche Brutalität tatsächlich hinter der beiläufigen „Karnevals-Anzeige“ aus „BILD regional“ steckt, zeigt die Aufarbeitung des Vorfalls diese Woche vor dem Kölner Landgericht – nicht weniger als ein versuchter Mord an einer jungen Kölnerin!

### **„Wie im Krieg“ – Opfer völlig arg- und wehrlos**

In der Nacht auf Karnevalsfreitag 2018 telefonierte eine 21-jährige Kölnerin mit ihrem Freund, als sie der in Tansania geborene „Schutzsuchende“ Brian P (22), an der Zülpicher Straße ansprach, ob er sie ein Stück begleiten dürfte. Die Frau [war zunächst sogar dankbar im bunten Köln](#), dass sie die immer leerer werdende Straße nicht allein gehen muss und zeigte sich unbekümmert vor ihrem nächtlichen Galan. Zum Gefühl der Sicherheit trug auch bei, dass ihr Freund ihr sagte, er werde ihr von der Ägidiusstraße aus, wo er wohnte, entgegenkommen. In Höhe der Uni-Mensa wurde dann das Telefonat abrupt beendet.

Der Gewaltexzess begann damit, dass Brian P., der „beim

Karnevalfeiern“ einiges getrunken hatte, dem Mädchen das Handy entriss und wegwarf, sie unvermittelt an den Armen packte, ihr den ersten zentrierten Faustschlag ins Gesicht verpasste und sie in eine Grünanlage am Universitätskindergarten zerrte. Dort brachte er sie zu Boden und setzte sich auf ihre Unterschenkel.

### **„Halt die Fresse“**

Je mehr sich die junge Kölnerin wehrte, umso aggressiver wurde die Vergewaltigungs-Fachkraft. Faustschlag folgte auf Faustschlag. Ihr Flehen quittierte er, indem er sie anschnauzte: „Halt die Fresse.“ Schließlich gelang es ihm, ihr die Hose herunterzuziehen. Die weiteren Details der Vergewaltigung sollen aus Pietätsgründen unerwähnt bleiben.

Die Vertreterin der Staatsanwaltschaft resümierte am ersten Verhandlungstag, in dem etwa zehn Minuten langen Martyrium habe das Genital-Goldstück dem Opfer „mindestens 30 gezielte und kraftvolle Faustschläge ins Gesicht“ gegeben, mit voller Wucht – der schutzbedürftige Tansanier ist gelernter Boxer!

Auf der Zülpicher Straße wurden Polizisten auf die stark blutende junge Frau aufmerksam. Sie kam sofort auf die Intensivstation der Uniklinik. „Die Geschädigte hatte Todesangst“, betonte die Oberstaatsanwältin.

### **Todesangst im Karneval 2018 – Frakturen an Unterkiefer und Nase**

Binnen kürzester Zeit war das Gesicht des Mädchens so geschwollen, dass sie nichts mehr sehen konnte. Ärzte der Uniklinik diagnostizierten Brüche des Unterkieferhalses und der Nase, dazu eine heftige Schädelprellung und weitere Prellungen.

Die „[Erlebende des Großen Experiments](#)“ hatte den Täter jedoch so genau beschrieben, dass ein Beamter hellhörig geworden war. Die Beschreibung passte auf einen Mann, den die Polizei kurz

vor dem Sexualverbrechen kontrollierte und dessen Personalien sie aufgenommen hatte. Noch in der Nacht holten die Ermittler Brian P. aus „seinem Apartment“ in der Straffälligenhilfe und brachten ihn zur Vernehmung auf die Wache. Aufgefallen und überprüft worden war Brian P. in einem Lokal in der Nähe des Barbarossaplatzes. Aus Frust darüber, dass eine andere Frau aus der Bar nun mit anderen Männern flirtete, hatte er Streit angefangen. Der eskalierte bis die Polizei kam.

## **Das Leben des Brian**

Nach der Verlesung des Anklagesatzes, der vor brutalen Details nur so strotzt, trug „sein Verteidiger“ Rüdiger Buhr ein umfassendes Geständnis vor, das nur in Nuancen von den Vorwürfen der Staatsanwaltschaft abweicht. „Ich wünschte, ich könne das ungeschehen machen“, habe ihm sein Mandant mitgeteilt. „Es tut ihm unendlich leid.“

Blutdiamant Brian kam mit zwei Jahren aus Tansania nach Deutschland, erklärte er vor dem Landgericht durch „seinen Anwalt“. Er sei später auf eine Förderschule gekommen und sei straffällig geworden. Zwei Jahre habe er in einem Sportverein geboxt. „Haben Sie da gelernt, dass Fausthiebe gefährlich sind?“, fragte die Opfer-Anwältin.

„Nein“, sagte der Angeklagte. In einem früheren Verfahren hatte er ausgesagt, seine erlernten Techniken bereits einschlägig auf der Straße angewandt zu haben. Daher sei er aus dem Boxverein geflogen. Auf Nachfrage der Anwältin bestritt er das am Montag.

## **Direkt vor der Vergewaltigung aus der Haft entlassen – Kiffen und Chillen**

„Hatten Sie einen bestimmten Berufswunsch?“, fragte ihn die Vorsitzende Richterin und Anwalt Buhr umriss die primären Interessen des Gewalttäters: „Kiffen und Chillen.“ Brian P. selber fügte hinzu, er habe „viel Scheiße gebaut“. Davon zeugt das umfangreiche Vorstrafenregister. Kurz vor der jetzt

angeklagten Vergewaltigung war er aus dem Gefängnis entlassen worden, wo er eine viermonatige Haftstrafe verbüßt hatte, unter anderem wegen eines Drogendelikts. Zurzeit ist die Untersuchungshaft unterbrochen, weil er als Ersatz für eine Geldstrafe eine Freiheitsstrafe absitzt.

Neun Tage vor der Tat wurde er aus der JVA entlassen – wegen Körperverletzung und des Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz. Erst kurz vor der Vergewaltigung hatte Brian P. das Gefängnis verlassen, er war sodann auf Steuerzahlerkosten in der kuscheligen „Straffälligenhilfe“ untergebracht – mit weiterhin positiver Sozialisierungsprognose durch seine Therapeuten.

Beim Prozess im Landgericht sind noch elf Verhandlungstage eingeplant. Ein Urteil ist bisher für den 24. August vorgesehen. Um der „Geschädigten“ die Konfrontation mit dem Täter zu ersparen, wird sie unter Ausschluss der Öffentlichkeit per Video vernommen. Zur Last gelegt werden Blutdiamant Brian eine besonders schwere Vergewaltigung und schwere Körperverletzung, allerdings kein versuchter Mord oder Totschlag.

Diesen exakten Tatbestand versteht die NRW-Systempresse also unter „Karnevals-Anzeige“ – Kölle-Hölle Alaaf!



# Köln: SPD-Imperium schlägt nach gescheitertem Börschel-Deal zurück

Von MARKUS WIENER | Das Politchaos in Köln geht weiter: Nachdem der widerwärtige Raubzug auf das Geld der Kölner Gebührenzahler in Form eines [500.000 Euro-Versorgungsjob](#) bei den Stadtwerken für deren ehemaligen Aufsichtsratsvorsitzenden Martin Börschel (SPD) wegen der Intervention von Oberbürgermeisterin Henriette Reker grandios gescheitert ist, schlug das SPD-Imperium nun zurück. Die Wahl von Reker als neue Stadtwerke-Aufsichtsratschefin wurde am Montag durch die Arbeitnehmervertreter und die von SPD und Linkspartei entsandten Mitglieder – entgegen einem anderslautenden Ratsbeschluss – verhindert.

Stattdessen wurde der in den [gescheiterten Börschel-Deal](#) maßgeblich verwickelte Gewerkschafter Harald Kraus (SPD) zum neuen Vorsitzenden des Gremiums ernannt. Ein beispielloser Vorgang, der auch rechtlich anfechtbar sein dürfte, da die Aufsichtsratsmitglieder von SPD und Linkspartei natürlich nicht ihre Parteiinteressen, sondern den Rat der Stadt Köln in der städtischen Gesellschaft zu vertreten haben.

Manche Beobachter sprechen angesichts dieser Ereignisse sogar von einem ["Putsch"](#). In jedem Fall bleibt ein riesiger politischer Scherbenhaufen für die Stadt Köln zurück. Das Ansehen von Politik und Stadtspitze ist bei der Bürgerschaft nochmals [dramatisch gesunken](#). Der dunkelrote "tiefe Staat" hat in Köln seine Zähne gezeigt. Parteienfilz und Postenklüngel feiern neue Hochkonjunktur.

Wobei man nicht den Fehler machen sollte, die von CDU, FDP und Grünen unterstützte Oberbürgermeisterin als Gegenspielerin dieses Politsumpfes zu begreifen. Vielmehr erleben wir gerade



live und in Farbe eine schmutzige Schlammschlacht innerhalb des Establishments der Domstadt, das sich um die gemeinsame Beute balgt. So sieht das wahre Gesicht von politischen Raubrittern aus, wenn der Burgfrieden nicht mehr hält.

---



Markus  
Wiener.

*[PI-NEWS-Autor Markus Wiener](#) schreibt bevorzugt zu Kölner und tagespolitischen Themen für diesen Blog. Der 41-jährige Politologe und gelernte Journalist ist parteiloses Mitglied des Kölner Stadtrates und der Bezirksvertretung Chorweiler. Seit über 20 Jahren widmet er sein politisches und publizistisches Engagement der patriotischen Erneuerung Deutschlands. Der gebürtige Bayer und dreifache Familienvater ist über [seine Facebook-Seite](#) erreichbar und bloggt zur Kölner Kommunalpolitik auch unter [rutwiess.blog](#)*

---



# GurKo: Travestie-Zentren statt Transit-Zentren!

Von JOHANNES DANIELS | Die Evolution meinte es nicht nett mit den Dinosauriern zum Ende der klimakritischen Kreidezeit. Ihr Problem: Zu viel Panzer, zu wenig Hirn. Doch im Gefecht um den Internationalen Darwin-Award 2018 liegt auch die kampferprobte Deutsche Bundeswehr noch um „[respektable Armlängen](#)“ an vorderster Pole-Dance-Position um die gelungenste „Front-Bereinigung“.

Flinten-USchis kunterbunte Gurken-Kompanie („GurKo“) setzt nun vermehrt auf Tarnen, Täuschen und Abschreckung und arbeitet auf höchstem Führungsbefehl an der unverzüglichen Umsetzung einer umwerfenden Geheimwaffe – wie in alten Zeiten. Doch Kalter Krieg war gestern – nun wird es bekanntlich wärmer auf unserem Planeten. Trotz strikter Geheimhaltung des geheimen Merkel-Stehhofer-Leyen-Masterplans liegen der PI-NEWS-Redaktion nun erste Feldversuche aus vorderster Front zur – alles intelligente Leben vernichtenden – asymmetrischen „Vorneverteidigung“ der Deutschen vor. Doch Kritiker hegen erste Zweifel, ob der brachiale Blattschuss nicht sogar „nach hinten“ losgehen kann.

## **Rommel-Kaserne 2018: Barbies statt Pussies!**

In der bereits zu 100% gegenderten, aber noch immer nicht korrekt umbenannten „Rommel-Kaserne“ in Dornstadt bei Ulm herrschte am Wochenende reges Treiben und bunter Rummel – Ringelpiez mit Anfassen zum Tag der offenen Grenzen- und Kasernen-Tür! Die Zuckerpuppen von der Erwin-Rommel-Bauchtanztruppe erhielten die lang herbeigesehnte Verstärkung an den stahlharten Rohren ihrer veganen Gulaschkanonen, martialischen Kampf-Kitas und schwangerentauglichen Schützenpanzern.

„Lee Jackson“ und „Barbie Stupid“, zwei Reeperbahn-nahkampfpropte Hamburger Travestie-Künstler inspizierten höchstpersönlich „Drag-Queen Ursulas“ Leyen-Schauspieltruppe und wollten [„unbedingt mal wissen, wie es bei der Truppe so zugeht“](#). Besonderes Interesse erregte bei den Alt-Stars der „New-Travestie-Szene in einer der ältesten deutschen Kompanie Süddeutschlands“ der „Kraftfahrausbildungs-Zentrums-Simulator“ in Pornstadt (in Nato-Deutsch: KfAusbZ Sim Dornstadt). Nach einem apokalyptischen Walküren-Ritt auf besagtem Simulator zeigten sich die beide Bataillons-Barbies höchst befriedigt und lächelten sibyllinisch-berauscht, nachdem sie dem gay-freundlichen Darkroom-Sybian entstiegen.



Oberfeldwebel Christoph „Scharf“ nahm die beiden Regenbogen-„Reck-ruten“ in seinem Fahrschulpanzer zumindest scharf ran. Die gute Nachricht: Die Frisur sitzt – Dienstvorschrift Nr. 1 bei Vorwärtsfrisur-Uschis bunt-gemischter Wella-Wehr zur Verteidigung des christlichen Abendlandes.

Oberleutnant Holger Wöhrle stellte den beiden frisch gebackenen „Simulanten“ im Rahmen der Bundeswehr-Öffentlichkeitsarbeit dann das weitere KfAusbZ Sim vor. Dabei sprach er aktuelle „Fuckten“ und Zahlen an. Zudem präsentierte Ltd. Wöhrle Einblicke in die Aufstellung des gesamten darniederliegenden Kraftfahrwesens der Bundeswehr:

## „Panzermärscher“ im warmen Krieg

*„Danach bekamen die Travestie-Künstler eine Auswahl des Fuhrparks zu Gesicht. Dazu zählten Mannschaftstransportwagen M 113 (Panzermärscher), Gepanzertes Transport-Kraftfahrzeug Boxer (Gruppentransportfahrzeug), Bergepanzer und Kranwagen. Als Highlight für die Gäste zählte das Mitfahren in den Fahrschulfahrzeugen. Als Fahrer im „Boxer“ war Hauptfeldwebel Nic Erdmann und als Kommandant Oberfeldwebel Christoph Scharf. Als Fahrer im M 113 war Oberfeldwebel Christoph Scharf und als Kommandant Stabsfeldwebel Chris Neiß eingesetzt. Rund zweieinhalb Stunden später war die exklusive Vorstellung zu Ende. Voller neuer Eindrücke gingen Lee Jackson und Barbie Stupid zum Maibaumfest ins Unteroffiziersheim, wo man den Abend gemütlich ausklingen ließ.“*



Einmal Familienministerin – immer Familienministerin! „Muttis Multi-Mutti“ Ursula von der Leyen blieb zumindest ihrem alten Ressort treu und baute das bereits von „Krisenbewäl-Tiger“ zu Guttenberg erniedrigte Copy-&-Paste-Ministerium nach ihren Maßgaben zum lebensfrohen „Family-Office“ um. Vom Regen in die Traufe für die bereits Wehrpflicht-zersetzte deutsche Armee. Einziger Lichtblick der verhängnisvollen Nix-Gutti-Bundeswehr-

Ära: Die betörende Stephanie zu Guttenberg-Bismarck-Schönhausen 2010 im rattenscharfen Tarnanzug in Kundus. Da kuschten selbst die Hindus am Hindukusch – und „Presse-Attaché“ Johannes B. Kerner gab den Trottel der Kompanie – Posh!

Auch heute nach wie vor keine äußere Feindeinwirkung oder -bedrohung. Denn der eigentliche Feind der BuntenWehr sitzt in den eigenen Reihen. Das „Dolchstoß-Credo“ militärischer Disziplin in Deutschland lautet nun: Kitas statt Kasernen, Life-work-Balance statt Eskalierwand, [Scharia-Mörder](#) statt Mörser und Pinke Petticoats statt Puma-Pulverqualm. Von der Leyens Nato-„Diversity-Management“ setzte vor allem den Primat „verschiedener sexuellen Orientierungen in der Bundeswehr“ ([Originalzitat Leyen](#)) sowie die Infragestellung „[überkommener geschlechtlicher Identitäten](#)“ in die ehemaligen Testosteron-Truppe. Abschreckung pur für alle Invasoren.

Zur Ausrichtung als „wettbewerbsfähiger, flexibler und moderner Arbeitgeber“ wolle man nun alle gesellschaftlichen Gruppen ansprechen, insbesondere auch die besonders gendersensiblen Migrant\*X\*Innen islamischen Glaubens. Zur großen Überraschung aller „[ent-tarnte](#)“ der MAD sodann 20 [islamische „Gefährder“](#) und über weitere 60 Verdachtsfälle von polizeibekanntem Islamisten in den Munitionslagern der Armee. Die Dunkelziffer dürfte allerdings um ein Vielfaches höher liegen, bereits heute haben über 30 Prozent der deutschen Volksverteidiger „[Migrationshintergrund](#)“ – die mafiöse Berliner Clan-Polizei stets als Vorbild im Auge.

### **Pinke Puma-Panzer und Papierkrieg!**

Doch der größte Endzeit-Kampf droht den Bundeswehr-Barbies im Jahr 2018 durch die deutschen Aufsichtsbehörden ... und den TÜV, dem natürlichen Feind eines jeden stehenden Heeres. Insbesondere, wenn die relevante Arbeitsstätte kein Transgender-Simulator, sondern ein waschechter Kampfpanzer ist. Insbesondere für diese Kampffahrzeuge, die vorwiegend für



den Einsatz in ausländischen Krisenregionen bestimmt sind, gelten die abschreckenden Auflagen des deutschen TÜV sowie die bombenfeste „[heimische Arbeitsstättenverordnung](#)“, wie die FAZ kolportierte:

*„Für Heiterkeit in Industriekreisen sorgt beispielsweise der Umstand, dass im Innenraum des Schützenpanzers Puma nach Maßgabe der Arbeitsstättenverordnung so gute Klimabedingungen herrschen müssen, dass selbst für hochschwängere Soldatinnen die Beförderung bei einem Gefechtseinsatz noch möglich ist“.*

### **Gute Panzermine zum bösen Spiel – Kampf den Krampfadern!**

Für den Fall einer plötzlichen Sturzgeburt im neunten Monat vor den Toren Masar-e-Sharifs, beispielsweise, wenn's mal zu sehr rummt auf einer fiesen Panzermine von sprenggläubigen Schutzbefohlenen. Da bleibt kein Auge trocken. Geschweige denn ein Gebärmutterhals.

Den dafür erforderlichen Grenzwert für die „Schussgasbelastung“ im Fahrgastraum des Puma hatten die Penibel-Prüfer der BW-Beschaffungsbehörde in Koblenz jedenfalls entsprechend verschärft. Eine drohende „Fruchtwasserschädigung bei der weiblichen Puma-Besatzung“ ist seitdem mit höchster Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen. Doch solche Vorgaben erhöhten die Entwicklungskosten um einen Milliardenbetrag und verzögerten die Auslieferung. Mit Absicht?

Wie solche Vorgaben und Sonderwünsche der [Bundeswehr](#) die Kosten für ein Rüstungsvorhaben in die Höhe treiben, lässt sich am Beispiel des Puma eindrucksvoll belegen. Das 2004 gemeinsam von den Rüstungsherstellern Krauss-Maffei Wegmann (KMW) und Rheinmetall entwickelte Projekt sollte eigentlich längst schon an die Bundeswehr ausgeliefert werden und dort das seit 1971 genutzte Vorgängermodell SPZ Marder ersetzen.

### **Nachrüstung am Marderpfahl!**

Statt der ursprünglich geplanten Stückzahl von 1.000 Puma-Panzern, die bis 2020 an das deutsche Heer ausgeliefert werden sollten, ist nun nur noch von 350 die Rede. Den Downgrade rechtfertigte die Bundeswehr mit der „veränderten sicherheitspolitischen Lage“. Der „blöde“ Trump und seine swaggen Marine-SWATs werden's dann wie immer richten, wenn der russische Bär steppt, nachdem man ihn zu sehr gereizt hat.

Insgesamt werden hunderte neue gesetzliche Bestimmungen, bürokratischen Vorgaben und teuren Änderungswünschen für den Nachfolger des guten alten SPZ Marder aufgelistet.

Tester der Bundeswehr monieren, dass die Schwarzweißmonitore im Innenraum des Puma zu ungenaue Bildwiedergaben für die Panzerbesatzung lieferten. Die Umrüstung auf schicke LED-Farbbildschirme, die von der Leyen prompt in Auftrag gaben, zog wiederum beträchtliche Millionenkosten und Verzögerungen nach sich. Bereits seit Jahren kursiert für das Prestigeprojekt der Bundeswehr eine Mängelliste mit rund 1.000 Positionen, die etliche Schwachstellen bei Elektronik und Stabilität markierte. Immer mehr zusätzliche Vorschriften, technische Vorgaben und DIN-Normen für den Schützenpanzer Puma sorgen dafür, dass die Konstrukteure erst den Sisyphos- dann den Rückwärts- und letztendlich den Canossa-Gang antreten mussten – noch nie ging Wehrkraftzersetzung so einfach und mit gelenktem Selbstzerstörungs-System der Systemparteien. Deshalb heißen sie ja auch so.

### **Krampfader-Geschwader ...!**

Hinzu kommt, dass das neue Gefährt global einsetzbar sein muss – also wüstengängig, polartauglich und für den Lufttransport robust gebaut. Die Transportmaschinen dafür fehlen allerdings im Moment. Die Bordelektronik für den Puma, die im Wüstenklima ebenso wie bei Minustemperaturen störungsfrei arbeiten soll, erfüllt zweifelsohne die höchsten technischen Standards. Doch was ist mit Dieselausstoß in deutschen Innenstädten und dem Klimawandel? Der „Puma-Systempreis“ hat sich bereits von 7



Millionen Euro auf 10 Millionen Euro hoch geschaukelt. Er dürfte sich im Zuge der befohlenen Steuerverschwendung auf 14 Millionen Euro verdoppeln. Pro Stück!

Für „Feldversuche“ mit 500 verschiedenen Uniformsätzen für „Umstandsuniformen“ durfte der deutsche Steuerzahler 650.000 Euro spendieren. Rund 80 Teilnehmerinnen hatten die modischen Kleidungsstücke getestet und bewertet – vor allem nach Optik, Tragekomfort und „Atmungsaktivität“. Es handelte sich laut Ministerium um „elastische Uniformen, die den ganzen Zyklus über tragbar sind“. Der Feldversuch mit „kampftauglichen Schminkspiegeln“ in Camouflage-Optik schlug mit der annähernd gleichen Steuersumme zu Buche, nämlich 630.000 Euro. Barbie und Lee freuen sich auch darauf, auch wenn sie wahrscheinlich nie in den Genuss eines freudigen BW-Schwangerschaft-Outfits, steingrau/nato-oliv, kommen würden. Aber Mann weiß ja nie.

### **ADAC-Hubschrauberstaffel – Von der Leyen muss von DER leihen!**

Andere Mängel für eine wehrfähige Kampfbereitschaft Deutschlands seien hier gar nicht angesprochen. Wegen des desolaten Zustands der eigenen Flotte trainieren Bundeswehrpiloten übrigens derzeit nur in Simulatoren und ADAC-Hubschraubern – die ebenfalls gefallenen „Gelben Engel“ sollen dafür mindestens 21 Millionen Euro leckeres Steuergeld pro Jahr erhalten. Volle Panne !



## **Pleiten, Pech – und Pannendienst vom Wiener Heldenplatz**

Unverhofft kommt oft – auch die stramme Gebirgsmarine des glücklichen türkis-blauen Donau-Österreichs gelangt den östrogenen Puder-Piefkes nun zu humanitärer Hilfe und schickt den warmen Waffenbrüdern jenseits der Alpen zusätzliche Truppenverstärkung: Im Zuge des aktuellen Kurz-Strache-Marschallplans für Deutschland „Transen-Zentren statt Transit-Zentren“ entsendet die glänzende Donau-Monarchie 2.0 ihren besten ... Mann ... in die Schlacht am Rommel-Pass: Auch Oberstabs-Wedel Conchita Wurst hat seinen rosa Marschallstab am Mann und viel gute Laune und Nato-Gleitcreme im Tornister für das nächste Alemann(z)en-Alamein am Hindukusch. Die Batterien sind aufgeladen – Prinz Eugen und Arnold Schwarzenegger mussten aus Termingründen absagen. Is eh wurscht.



Fazit: Deutschland ist mittlerweile das einzige Land der Erde, in dem eine Verteidigungsministerin mehr Kinder hat, als einsatzfähige Hubschrauber und flugfähige Kampfflugzeuge. Dem Pimmel-Himmel sei Dank erhält die fruchtbare Mutter der Gurken-Kompanie nun gleich doppelte „Rücken-Deckung“ von Conchita, Lee und Barbie Stupid – immerhin „Sandwich mit Wurst“ statt Kommissbrot mit Mucke-Fuck!

Wenigstens die punten Prüder-Plattschuss halten ihr noch die Stange im „Stellungs-Krieg“ – Uschis warmer Krieg kann „kommen“, der Kalte Krieg war gestern !

---

*PI-NEWS Autor JOHANNES DANIELS ist ausgebildeter Einzelkämpfer, Scharfschütze und Milan-System-Experte. Er verbrachte insgesamt zwei Jahre auf dem (schwangerenuntauglichen) SPZ Marder in der 2./241 Kampfkompanie in Straubing und Landshut, ohne dass es zu seelischen Schäden kam. Im Gegenteil.*

---



## **Essen : 12-Jährige auf jüdischem Friedhof sexuell missbraucht**

Von DAVID DEIMER | Ein 12-jähriges Mädchen ist nach [Polizei-Angaben in Essen/Mülheim](#) an der Ruhr auf dem stillgelegten jüdischen Friedhof „[An der Gracht](#)“ sexuell missbraucht worden. Nach derzeitigem Ermittlungsstand passierte die Tat am Montagmittag an der Haltestelle „Gracht“ auf dem dortigen Friedhof. Danach lief das Mädchen zu seiner Mutter und schilderte den Vorfall. Bereits zuvor sei ihr der Mann im Einkaufszentrum „Forum City“ in der Mülheimer Innenstadt negativ aufgefallen – scheinbar hat er das Kind von dort aus

bis zur Haltestelle am Friedhof verfolgt.

Die Kriminalpolizei ermittelt und fahndet nach dem Tatverdächtigen. Er wird wie folgt beschrieben:

- „asiatische Abstammung“
- etwa 30 bis 40 Jahre alt
- etwa 1,65 bis 1,75 m groß
- kurze braune Haare
- Haut auffällig, ähnlich wie Schuppenflechte oder Sonnenbrand
- weißes T-Shirt und weite hellblaue Jeans.

Erfahrungsgemäß kann man davon ausgehen, dass es sich bei dem mutmaßlichen Täter „asiatischen Aussehens“ nicht um einen japanischen, südkoreanischen, taiwanesischen oder vietnamesischen Staatsbürger handelt.

Die Polizei prüft nun die Angaben des Mädchens und hofft auf Zeugen oder Hinweisgeber, die den auffälligen Mann kennen oder im Bereich der Haltestelle Gracht bzw. in der Innenstadt gesehen haben.

Meldungen unter „45468 MH-Innenstadt“ bitte an: Polizei Essen/  
Mülheim an der Ruhr / Kriminalkommissariat 12

Tel: 0201-829 1065 (außerhalb der Bürodienstzeit 0201-829  
7230)

Fax: 0201-829 1069

### **Verlassene Friedhöfe ziehen „deutsche Neubürger“ magisch an**

Deutsche Mädchen und Frauen zwischen 12 und 82 Jahren sollten im Merkeljahr 2018 die Umgebung von Friedhöfen weiträumig meiden. Denn dort kommt es zu zunehmenden Verwerfungen im Zuge des großen Experiments, z.B.

- am städtischen Friedhof in Viersen / Nordrhein-Westfalen: Dort vergewaltigte im Februar ein [polizeibekannter Westafrikaner](#) eine 65-jährige Seniorin brutalst. Der Gast der Kanzlerin war nach Angaben der Polizei „schon mehrfach wegen

Körperverletzung aufgefallen“. Überregional wurde die Tat komplett verschwiegen und regional zumindest ohne Nennung der Täternationalität wiedergegeben – sie könnte Teile der Bevölkerung verunsichern – vor allem CDU-Wählerinnen über 65 Jahre.

– am städtischen Friedhof in Ibbenbüren / Nordrhein-Westfalen: Dort [vergewaltigte ein 40-jähriger Eritreer eine 79-jährige Rentnerin](#) brutalst. Der Täter verfolgte die Frau zunächst auf dem rund 800 Meter langen Weg zum Friedhof. Die Rentnerin als Zeugin vor dem Landgericht Münster: „Ich bin zu meiner Mutter auf den Friedhof gegangen.“ Der Eritreer habe sie dort zu Boden geworfen, ihre Unterwäsche zerrissen und sich an ihr vergangen.

Dort auf einer Wiese, „schubste“ er die Frau und vergewaltigte sie. Ein Zeuge, der die 79-Jährige rufen hörte, rief die Polizei, die den Täter „in flagranti“ erwischte, wie die [„Westfälischen Nachrichten“](#) in einem Anflug von Willkommenskultur-Realsatire berichten.

– am städtischen Blumenfriedhof in Bochum / Nordrhein-Westfalen: Dort vergewaltigte im Februar ein polizeibekannter Mehrfachstraftäter eine 33-jährige Frau und versuchte sie anschließend, mit einem Stein zu erschlagen. Der Täter hatte sie dem internen Polizeibericht zufolge auf einer Wiese von hinten angegriffen und ihr eine Kapuze über den Kopf gezogen, sie gewürgt und zu Boden gedrückt. Dabei hielt er seinem Opfer auch Nase und Mund zu. Er befahl ihr, sich komplett auszuziehen – bei Temperaturen um den Nullpunkt. Nach der Vergewaltigung versuchte er, sie zu „steinigen“ – die Frau überlebte schwer verletzt.

### **Behörden in NRW verschweigen Vergewaltigungen durch Intensivtäter**

Danach begannen die NRW-Sicherheitsbehörden unter Anweisung des Innenministeriums zu handeln: Sie hielten die Anzeige des

Opfers mit dem Vermerk unter Verschluss ([PI-NEWS berichtete](#)): „VS – nur für den internen Dienstgebrauch“. Per Dienstanweisung ging die Nachricht über die Vergewaltigung auch nicht an die Öffentlichkeit, wie es üblicherweise innerhalb von 24 Stunden Pflicht ist. Sie ging nur als vertrauliche Meldung des Polizeipräsidiums Bochum an das nordrhein-westfälische Innenministerium. Selbst die Freigabe für das „polizeiliche Landeslagebild“ wurde bislang per Ministeriums-Anweisung unterdrückt.

Der Grund: Der 30 Jahre alte Tatverdächtige ist ein sogenannter „KURS“-Proband, wie es in der internen WE-Dienstmeldung hieß. Das Kürzel „KURS“ steht in Nordrhein-Westfalen für eine ressortübergreifende Verwaltungsvorschrift von Innen-, Justiz und Arbeitsministerium mit der Zielsetzung: „Die Allgemeinheit bestmöglich vor besonders rückfallgefährdeten Sexualstraftätern zu schützen“. Drei Monate vor der Entlassung sollte die Vollstreckungsbehörde die zuständige Führungsaufsichtsstelle des neuen Wohnortes und das Landeskriminalamt über die baldige Freilassung in Kenntnis setzen – das scheitert jedoch oft aus Daten- und Täterschutzgründen, oft auch aufgrund interner „Versäumnisse“. Bei den meisten so genannten KURS-Probanden gilt ein Rückfallrisiko von über 50 Prozent. Diese Zahl soll mit allen Mitteln bestmöglich niedrig gehalten werden. Das Programm wird mit Steuergeldern in zweistelliger Millionenhöhe subventioniert.

Der beste „Schutz (vor) der Allgemeinheit“ scheint dem NRW-Innenministerium unter Herbert Reul, CDU – und vormals Ralf Jäger, SPD – darin zu bestehen, Meldungen über Vergewaltigungen einfach gezielt und gesteuert zu unterdrücken. Auch Köln liegt bekanntlich im Kalifat Mordrhein-Vandalien.

Arnold Plickert, NRW-Chef der Gewerkschaft der Polizei GdP: „Im aktuellen Sachverhalt gab es aber keinen Grund, warum man der Öffentlichkeit nach der Festnahme des Täters die

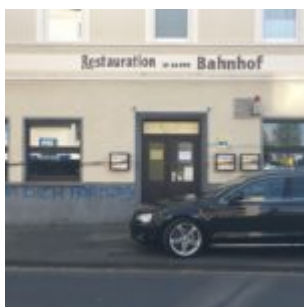


Geschehnisse verschwiegen hat.“

## **NRW-Innenminister Herbert Reul gibt Reker-Tipps: „Geht nicht alleine...“**

Der studierte Sozialwissenschaftler und NRW-CDU-Innenminister Herbert Reul lässt jedoch potentielle Vergewaltigungsoffer nicht im Regen stehen. Ebenso wie die Kölnerin Henriette Reker hat auch Reul praktische Tipps und Tricks für die Vergewaltigungsoffer auf deutschen und jüdischen Friedhöfen sowie im Rest Deutschlands zur Hand:

„Meinen drei Töchtern würde ich sagen: Geht nach Möglichkeit nicht allein, sondern in Gruppen“, sagte der CDU-Politiker der Deutschen Presse-Agentur. „Wenn es anfängt brenzlich zu werden, macht euch lautstark bemerkbar und wenn das alles nicht hilft, möglichst schnell die 110 anrufen – lieber einmal zu viel als zu wenig.“



## **Köln: HoritzkyGate wird zu öffentlicher Schlammschlacht**

Von MARKUS WIENER | Die öffentliche Debatte um den millionenschweren Unterbringungsvertrag für Asylbewerber in einem Hotel des Kölner CDU-Vorstandsmitglieds Andrea Horitzky nimmt kein Ende. Immer mehr Details kommen ans Tageslicht, die den Skandal zunehmend zu einer Belastung für die gesamte

Kölner CDU und die Stadtspitze machen und inzwischen sogar die [Staatsanwaltschaft beschäftigen](#). Derweil kochen auch die Emotionen in der Bürgerschaft hoch: Während in der Lokalpresse die Leserbriefseiten mit kritischen Stellungnahmen überquellen, wurde das „Hotel zum Bahnhof“ mit „Horitzky schäm Dich“ und anderen Parolen beschmiert.

Horitzky selbst ging inzwischen in die mediale Gegenoffensive. Sie habe sich nichts vorzuwerfen und „lasse sich nicht vorführen“, berichtet die [Kölnische Rundschau](#). Den vom Kölner CDU-Vorstand geforderten Rücktritt von allen Parteiämtern lehnt sie demnach rundweg ab. Überhaupt sei laut Horitzky die Initiative zur Belegung ihres Hotels mit Asylbewerbern von der Stadt ausgegangen. Sie selbst hätte dafür in keiner Weise ihre politischen Kontakte spielen lassen.

Zur Erinnerung: Noch im Jahr 2017 schloss die Stadt Köln – völlig am Stadtrat vorbei – einen auf sieben Jahre garantierten Belegungsvertrag mit Horitzkys Hotel ab, an dem die CDU-Politikerin insgesamt bis zu 3,8 Millionen Euro verdienen könnte. Der dafür verantwortliche Amtsleiter Josef Ludwig ist ebenso CDU-Mitglied wie auch Bürgermeister Hans-Werner Bartsch, der ein verwaltungsinternes Telefonat in dieser Angelegenheit bereits eingestanden hat, aber keinen Druck ausgeübt haben will. Und das alles unter den Augen von Oberbürgermeisterin Henriette Reker, die 2014 von der CDU mit ins Amt gehievt wurde und seitdem auch im Stadtrat von der CDU gestützt wird.

Andere Hotelverträge zur Asylbewerberunterbringung sollen laut Presseinformationen in Köln im Regelfall übrigens Laufzeiten von nur drei bis fünf Jahren haben. Horitzkys Vertrag mit einer garantierten Laufzeit von sieben Jahre sei wohl der einzige dieser Art. Ebenso sei der bei Horitzky angewandte Höchstsatz von 35 Euro pro Person und Nacht keineswegs Standard bei allen Unterbringungsverträgen in Kölner Hotels und Pensionen. Aber eine politische Einflussnahme oder Vorzugsbehandlung habe es natürlich nicht gegeben, sind sich



alle Beteiligten des Skandals ausnahmsweise einig.



Briefkasten des Asylhotels.

Ansonsten ist das übliche „Schwarze-Peter-Spiel“ voll im Gange. Die CDU zeigt mit ihren schmutzigen Fingern auf Horitzky, die noch 2017 von den Christdemokraten zur Landtagskandidatin gemacht wurde. Die barmherzige Herbergsmutter Horitzky ihrerseits schiebt die Verantwortung auf die Stadt, deren Drängen auf eine Asylbewerberunterbringung sie erst nach zwei Jahren nachgegeben hätte. Und die Vertreter der Stadt Köln verkündeten am Wochenende mit hochroten Köpfen auf [einer Pressekonferenz](#), dass alles rechtlich korrekt gelaufen sei. Auf Fragen nach dem genauen Zustandekommen und den pikanten Details des Vertrages gab es dagegen nur ausweichende Antworten – und dass eben Frau Horitzky auf allem bestanden hätte. Dass zu einem Vertragsschluss aber immer zwei Seiten gehören, scheint an der Kölner Stadtspitze vorbei gegangen zu sein.

So ereignet sich vor den Augen der Öffentlichkeit seit Tagen eine wirklich üble Schlammschlacht, die das Vertrauen der Bürger in demokratische Institutionen kaum stärken dürfte. Ein Trauerspiel auf Kosten der Steuerzahler, das ein bezeichnendes Schlaglicht auf ein wichtiges Detail der deutschen Asylkrise wirft: Nämlich auf die Szene der Profiteure der illegalen

Masseneinwanderung, die zumeist identisch ist mit der Szene der Befürworter derselben. Dass es dabei in Köln besonders übel nach Günstlings- und Vetternwirtschaft riecht, überrascht nicht wirklich. Denn das ist ausnahmsweise mal keine originäre Folge der Asylkrise, sondern sozusagen gute alte kölsche Tradition.

---



Markus  
Wiener.

*[PI-NEWS-Autor Markus Wiener](#) schreibt bevorzugt zu Kölner Themen für diesen Blog. Der 41-jährige Politologe und gelernte Journalist ist Mitglied des Kölner Stadtrates und der Bezirksvertretung Chorweiler. Seit über 20 Jahren widmet er sein politisches und publizistisches Engagement der patriotischen Erneuerung Deutschlands. Der gebürtige Bayer und dreifache Familienvater ist über [markus.wiener@stadt-koeln.de](mailto:markus.wiener@stadt-koeln.de) erreichbar.*

---



# Unerträgliche Scheinheiligkeit im Kölner Asylhotel-Skandal

Von MARKUS WIENER | Plötzlich regt sich auch im Rathaus und in den etablierten Parteien Widerstand gegen die teure Unterbringung von Asylbewerbern in Kölner Hotels und Pensionen. Auslöser dafür ist der aufgeflogene Skandal um die CDU-Politikerin Andrea Horitzky, die sich mit 32.500 Euro pro Monat – angeblich unkündbar garantiert auf sieben Jahre – eine goldene Nase mit ihrem zuvor nicht gerade florierendem „Hotel zum Bahnhof“ in Köln-Dellbrück verdient.

PI-NEWS berichtete als erstes überregionales Medium mehrfach darüber. Der Skandal produziert inzwischen aber auch in der Mainstreampresse seit Tagen [regional](#) und [bundesweit](#) Schlagzeilen. Sogar ins [öffentlich-rechtliche](#) und [private Fernsehen](#) hat es Frau Horitzky damit geschafft. Und plötzlich sieht auch die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette „Eine-Armlänge-Abstand“ Reker Überprüfungsbedarf bei den Hotelunterbringungen und räumt im Horitzky-Fall [„Berechnungsfehler“](#) ein:

So wurde nun bekannt, dass die barmherzige CDU-Herbergsmutter sogar für jedes Kinderzustellbettchen in den Zimmern den vollen Tagessatz von 35 Euro pro Person bekommt. Damit kassiert die gute Christdemokratin für einige Doppelzimmer unterm Strich noch deutlich mehr pro Nacht ab, als sie früher von regulär bezahlenden Gästen bekommen hätte. Und das bei einer durchgängigen Belegung an 365 Tagen im Jahr! Welcher Hotelier würde nicht von solchen Gewinnmargen träumen! Angesichts dieser Zahlen muss man sich auch nicht mehr wundern, dass Politiker der Altparteien und andere Profiteure der Asylindustrie die Millionen „Flüchtlinge“ so herzlich willkommen hießen ...

Die jetzt gezeigte scheinheilige Empörung von OB Reker und manchen CDU- und SPD-Lokalpolitikern ist deshalb an Heuchelei nicht mehr zu überbieten. Wo waren all die Kritiker die ganzen Jahre, als im Kölner Stadtrat lediglich die AfD und Pro Köln die immensen Kosten der Asylkrise immer wieder kritisierten und insbesondere auch die Hotelunterbringungen anprangerten? Wo war OB Reker, als ihre Stadtverwaltung irrwitzige Beherbergungsverträge ohne Kündigungsmöglichkeiten abschloss – und das im Fall Horitzky sogar noch im Jahr 2017 mit einem Wert von insgesamt mehreren Millionen Euro? Und was ist eigentlich mit den anderen 2250 Flüchtlinge in 39 Hotels und Pensionen in Köln?

Die Antwort ist einfach: Die plötzlichen Aufklärer von heute waren jahrelang auf der Seite derjenigen, die jegliche Kritiker der Zustände als „Rassisten“ und „Ausländerfeinde“ brandmarkten. Und sie alle haben mitgemacht, mitbeschönigt und mitgeholfen. Unvergessen der Satz einer führenden CDU-Ratsfrau im Kölner Sozialausschuss, wonach die Kosten der „Flüchtlingswelle“ nunmal keine Rolle spielen dürften!

So gesehen eigentlich erstaunlich, dass sich jetzt ausgerechnet an einer CDU-Politikerin der Streit entzündet und all die Missstände plötzlich auch in der Kölner Mainstreampresse thematisiert werden, die zuvor auch immer kritiklos in den Chor der Teddybärenwerfer und notorischen Flüchtlingsverstehers eingestimmt hatte. Ob sich wohl die gute Frau Horitzky die falschen Feinde im Kölner Klüngel gemacht hat und sie deshalb auf die politisch-mediale Schlachtbank geführt wird?

Man weiß es nicht, aber überraschend wäre solches im Milliarden Euro schweren Kölner Polit-Haifischbecken auch nicht.

---



Markus  
Wiener.

[PI-NEWS-Autor Markus Wiener](#) schreibt bevorzugt zu Kölner Themen für diesen Blog. Der 41-jährige Politologe und gelernte Journalist ist Mitglied des Kölner Stadtrates und der Bezirksvertretung Chorweiler. Seit über 20 Jahren widmet er sein politisches und publizistisches Engagement der patriotischen Erneuerung Deutschlands. Der gebürtige Bayer und dreifache Familienvater ist über [markus.wiener@stadt-koeln.de](mailto:markus.wiener@stadt-koeln.de) erreichbar.

---



## Köln: CDU-Affäre um „Flüchtlingshotel“ weitet sich aus

Von MARKUS WIENER | 32.500 Euro pro Monat verdient derzeit die Kölner CDU-Politikerin Andrea Horitzky mit ihrem „Flüchtlingshotel“ in Köln-Dellbrück ([PI-NEWS berichtete](#)).

Kritiker sprechen bei dieser Form der Asylbewerberunterbringung schon lange von einer Art „Gelddruckmaschine“ für klamme Hoteliers.

Besonders pikant bei dieser Affäre: Horitzkys Parteifreund, der CDU-Bürgermeister und Reker-Stellvertreter Hans-Werner Bartsch, soll laut [Presseberichten](#) für die notwendigen Genehmigungen zum Umbau des Hotels in der Stadtverwaltung Druck gemacht haben. Außerdem soll sich Bartsch für einen möglichst hohen Tagessatz pro „Flüchtling“ für seine barmherzige Parteifreundin eingesetzt haben. Wir erinnern uns: „Ich mache es bestimmt nicht wegen des Geldes...“

Aber so ist das halt in gewissen Kreisen in Köln: Man kennt sich, man hilft sich – und eine Hand wäscht die andere. Dabei hat man es auch noch geschafft, daraus eine Art lokale Folklore zu machen: Kölscher Klüngel klingt ja auch viel niedlicher als Korruption oder Vetternwirtschaft zu Lasten der steuerzahlenden Bevölkerung.

Pech nur, wenn einer quatscht und alles auffliegt. Dann geht das große Stühlerücken los und keiner will am Ende das Bauernopfer für die Öffentlichkeit sein. Der unter Druck stehende Bürgermeister Bartsch versucht sich schon mal mit einer besonders treu-doofen Ausrede aus der Schusslinie zu bringen:

„An mich treten immer wieder Bürger heran, die Probleme mit diesem oder jenem Amt haben. Auch Frau Horitzky hat mich angesprochen. Sie habe einen Vertrag mit der Stadt, aber das Bauamt mache Probleme und reagiere nicht. Also habe ich im Amt angerufen und gebeten, dass mit Horitzky Gespräche geführt werden, damit es weitergeht (...) Vielleicht war ich da wirklich zu naiv?!“

Oh, der arme Herr Bürgermeister, möchte man da fast ausrufen! Ist ihm seine gutmütige und hilfsbereite Art mal wieder auf die Füße gefallen?! Die Welt ist aber auch ungerecht zu solch

selbstlosen Helden des Alltags!

Im Moment scheint es zu Bartsch's Glück aber so, dass der Fokus der Affäre auf der barmherzigen Herbergsmutter Horitzky bleibt. Erste Rücktrittsforderungen aus der Kölner CDU richten sich ausschließlich an ihre Adresse. Somit könnte sich Bürgermeister Bartsch auch in Zukunft weiter selbstlos für alle Bürger einsetzen, die Ärger mit städtischen Behörden haben.

Kontakt:



Hans-Werner  
Bartsch.

Historisches Rathaus  
Hans-Werner Bartsch  
Bürgermeister (CDU)  
50667 Köln  
Tel.: 0221 / 221-30072  
[hans-werner.bartsch@stadt-koeln.de](mailto:hans-werner.bartsch@stadt-koeln.de)



Markus

Wiener.

[PI-NEWS-Autor Markus Wiener](#) schreibt bevorzugt zu Kölner Themen für diesen Blog. Der 41-jährige Politologe und gelernte Journalist ist Mitglied des Kölner Stadtrates und der Bezirksvertretung Chorweiler. Seit über 20 Jahren widmet er sein politisches und publizistisches Engagement der patriotischen Erneuerung Deutschlands. Der gebürtige Bayer und dreifache Familienvater ist über [markus.wiener@stadt-koeln.de](mailto:markus.wiener@stadt-koeln.de) erreichbar.

---



## **Berliner MoPo zeigt Verständnis für Ziegenschächtung: ,Hatten Hunger‘**

Von JOHANNES DANIELS | Was die geschenkten Menschen mit ihrer Lebensfreude zu uns bringen, geht auf keine Kuhhaut. Die lammfromme Angoraziege Lilly könnte ein Lied davon singen, wenn sie nicht kaltblütig im Februar abgeschlachtet worden wäre. Lilly war der Liebling der Kinder im schönen Streichelzoo in der Neuköllner Hasenheide. Gerne hätte das großträchtige Muttertier noch die zarten Triebe des Frühlings mit ihrem kleinen Zicklein abgegrast. Im Zuge des „Großen



Multiethnischen Experiments“ der zickigen Zonenzuchtel musste sie jedoch jäh ins Gras beißen.

### **Das „Amtsgericht Tiergarten“ tagt**

Denn die beiden rumänisch-stämmigen Menschengeschenke Nicusor-Razvan V. und Mihaita-lulian B. setzten einen klaren Schlusstich unter Lillys fröhliches Gemeckere im bunten Berlin. Am Mittwoch begann der Prozess gegen die beiden 29 Jahre alten Männer bezeichnenderweise vor dem „Amtsgericht Tiergarten“. Den EU-Gästen wird der Diebstahl mit Waffen und die Tötung eines Wirbeltieres ohne vernünftigen Grund zur Last gelegt. Bei einer Verurteilung würden den beiden Neu-Berlinern Haftstrafen ab sechs Monaten drohen, sofern sie schuldig wären und Einsicht in die Schwere der Tat gehabt hätten.

Zu Prozessbeginn verlasen die steuerfinanzierten Pflichtverteidiger eine schriftliche Erklärung der beiden Ziegen-Schlächter. Die Anwälte ließen das „Amtsgericht Tiergarten“ zunächst wissen, dass ihre Mandanten keine Fragen beantworten würden. Nicusor und Mihaita-lulian räumten die Tat zwar grundsätzlich ein, sie hätten das Tier aber nur geschlachtet, da sie seit mehreren Tagen nichts zu Essen hatten und sehr hungrig gewesen waren. Sie würden die Tat bereuen und die Ziege im Streichelzoo „ersetzen“.

### **Berliner MoPo: Angeklagte unschuldig wie ein Osterlamm**

Die gutmenschliche rot-grüne „[Berliner Morgenpost](#)“ hegt in ihrer Berichterstattung großes Verständnis für die Nöte der eiskalten Merkel-Messer-Migranten im unmenschlichen Gastland Deutschland – Headline: „Angeklagte bereuen die Tat – Wir hatten Hunger“.

*„Zudem dachten sie, es würde sich um einen Bauernhof handeln, von einem Streichelzoo für Kinder hätten sie nichts gewusst. Nach Angaben ihrer Rechtsvertreter sind beide Männer in Rumänien auf Bauernhöfen aufgewachsen“.*

Beide Männer waren erst im Januar nach Berlin gekommen und ihr „Arbeitgeber“ hätte ihnen laut MoPo den ausstehenden Lohn „unter fadenscheinigen Gründen vorenthalten“. Zudem hätten sie die Ziege, deren Kehle sie durchschnitten und deren Bein sie abtrennten für ein Schaf gehalten, winzelt die Morgenpost. Zudem seien sie durch Alkoholgenuss in ihrer Schuld erheblich eingeschränkt gewesen.

Beide Männer verfügten in der Tatnacht noch über drei bis vier Euro und hatten zuvor Geld für Bier ausgegeben. Die Frage der Staatsanwältin, warum die „Hungernden“ Bier davon kauften und kein Essen, blieb unbeantwortet. Knapp fünf Stunden nach der Tat hatten sie laut Polizeibericht noch einen Alkoholgehalt von 1,00 beziehungsweise 1,52 Promille.

### **Merkel-Gäste: „Wir wissen, wie man ohne Leiden tötet“**

Sicher war den gläubigen Merkelgästen die Fastenzeit wichtiger, denn nach katholischem Brauch ersetzt ein gesunder Rausch den Küchenmeister. Die Berliner Morgenkost – mittlerweile den Tränen nah:

*„Doch das wenige Geld, dass wir als Bauhelfer bekamen, ging für Miete drauf. Wir hatten schon mit Bier versucht den Hunger zu betäuben. Bis sie im Park die Schafe entdeckt hätten. „Wir wollten kein ganzes Tier, nur ein Bein.“ Leiden habe Lilly nicht müssen: „Wir wissen, wie man ohne Leiden tötet“. Das ist beruhigend!*

Polizist Thimo F., 27, sagte vor Gericht: „Uns hatten zwei aufgeregte Passanten von verzweifelten Tierschreien im Park berichtet.“ Sie stellten die Ziegenmörder noch vor Ort. Drei Wochen zuvor waren im Zoo schon zwei Schafe gestohlen und geschlachtet worden.

### **Das Schlachten hat begonnen – das Schweigen der Lämmer der Systemmedien**

Lilly ist „kein Einzelfall“: Drei Wochen vor dem Fall „Lilly“

wurde im Volkspark Hasenheide ein Schaf von deutschen Neubürgern fachgerecht geschächtet, [PI-NEWS berichtete](#): Auch das großtrüchtige [Schaf Rose \(5\)](#) wurde aus dem Streichelzoo im Tierpark Neukölln entführt, über einen 2,40 Meter hohen, mit Metallstacheln bewehrten Zaun geworfen und dann im angrenzenden Gebüsch des Parks geschlachtet. Ihrem „total verstörtem“ Jungschaf Emma (2) blieb nur noch Spielgefährtin Lilly (3) – jetzt ist auch sie von „Schwarzen Schafen“ aus den neuen EU-Ländern geschlachtet worden.

Nicht nur in Hinsicht auf Berliner Paarhufer behielt der erfolgreichste türkischstämmige Schriftsteller und PI-NEWS-Gastautor Akif Pirinicci recht – das [„Schlachten“ hat schon längst begonnen](#) in diesem unserem Lande. Und immer noch schweigen die meisten tumben Schafe der Systemmedien über die Herkunft der Täter oder sie ergießen sich in gutmenschlichen Humanitäts-Kaskaden über die menschliche Not des importierten Prekariats. Denn nur die dümmsten Schafe wählen ihre Metzger selbst!

### **Archaisches Berlin – Schutz von „Schutzbedürftigen“ vor Schutz von Frauen ... und Tieren**

Nicht nur „Schon-länger hier Lebende“ – auch Tiere im „Streichelzoo Berlin“ leben im Merkelland nun gefährlicher. Im Winter 2017 wurde im Tiergarten ein illegales Campinglager pressewirksam „geräumt“. Der zuständige Bürgermeister von Berlin-Mitte [beklagte](#), dass „sich neben der Vermüllung die Tötung von dort lebenden Tieren zur Nahrungsbeschaffung häuft“. Gefunden wurden Reste von Schwänen und anderen Vögeln, die „Wohnungslose“ gefangen und gebraten hatten.

Seit dem konzertierten Eingreifen von Berliner Polizei, AntiFa, GRÜNEN und LINKEN Bundestagsabgeordneten gegen eine friedliche angemeldete Frauendemo im Februar ist zumindest klar, dass deutsche [Frauen Freiwild in Berlin](#) sind. [Wieder einmal seit 1945/46](#) ! Diese gefährdete Gattung wurde vor den Augen der Polizei von steuerfinanzierten Linksradi kalen mit

Steinen beworfen – die archaischen Bräuche von importierten Neubürgern und AntiFa korrelieren allmählich langsam aber sicher.

## **Ponyhof Berlin: „Mach mir den Hengst“ – Ross und Reiter nicht genannt**

Im November 2017 verging sich ein junger Syrer sexuell an einem Pony des „Kinderbauernhofs“ im Görlitzer Park, da gerade kein Kind verfügbar war. Eine Babysitterin war nachmittags mit einem Jungen dort unterwegs, als die Erwachsene und das Kind den Vorgang sahen. Die Frau machte ein Beweisfoto und verständigte den Kinderbauernhof. Der „Geflüchtete“ hatte versucht zu fliehen, Parkläufer entdeckten den 23-jährigen arabischen „Deckhengst“, der lediglich eine [Anzeige wegen „Erregung öffentlichen Ärgernisses durch sexuelle Handlungen“](#) bekam und daraufhin zur Strafe sofort auf freien Fuß gesetzt wurde.

Die „rechtspopulistische“ Babysitterin hatte sich grundsätzlich wegen Verletzung der Persönlichkeitsrechte und Volksverhetzung strafbar gemacht: Sie fotografierte den syrischen Araber-Hengst rücklings in Ausübung seiner freitäglichen Pflichten auf dem schnuckeligen Pony. Die meisten Mainstreammedien vergaßen dabei allerdings „Ross und Reiter“ zu nennen!

Zu dem Berliner-Sachverhalt legte bereits der schiitische Ayatholla Khomeini in seiner [„Tahrirolvasyleh“](#)-Fatwa schariakonform fest:

*„Ein Mann kann Sex mit Tieren wie Schafen, Kühen, Kamelen und so weiter haben. Er soll jedoch nach dem Orgasmus das Tier töten. Er soll das Fleisch nicht an die Menschen in seinem eigenen Dorf verkaufen, soweit er dies jedoch im Nachbardorf verkauft, ist nichts dagegen zu sagen.“*

Die Scharia ist kein Ponyhof, zumindest nicht für Ponys und Frauen. Dies gilt auch für Ziegen. Vielleicht hatten die

rumänisch-stämmigen Menschengeschenke Nicusor-Razvan V. und Mihaita-lulian B. im kalten Berlin doch noch anderes im Sinn ...

## **Derzeitige Massen-Einwanderung von Rumänen nach Berlin**

Kriminelle Schlepperbanden nutzen derzeit die Stadt Timisoara im Westen Rumäniens auch verstärkt für Schleusungen von „schutzsuchenden Migranten“ nach Deutschland und statten diese mit nagelneuen EU-Pässen aus. Die Bundespolizei sieht dort einen neuen Hotspot für die gefährlichen Schleusungen mit Lkws, wie das [Bundespolizeipräsidium Potsdam mitteilte](#). Die Route Rumänien-Berlin gelte laut einer internen Analyse der Bundespolizei als «Dreh- und Angelpunkt» für die Verteilung und Weiterleitung von Migranten nach Deutschland. Derzeit erreichen pro Tag 500 Asylsuchende offiziell Deutschland, weitere 500 inoffiziell. Der Zuzug von rumänischen EU-Bürgern in die Berliner Sozialsysteme ist nicht bekannt.

Bei einer Verurteilung der beiden Neu-Hauptstädter werden sich sodann eine Herde lammfrommer Sozialtherapeuten im „Sodom und Gonorrhöe Berlin“ um die hungernden und traumatisierten Gäste Nicusor-Razvan V. und Mihaita-lulian B. auf Steuerzahlerkosten kümmern, damit es auch nichts zu meckern gibt – im Schlaraffenland der deutschen Schlafschafe.

Lilly war zur falschen Zeit am falschen Ort – nämlich in Deutschland. Hätte sie doch bloß auf Henriette Reker gehört: „Immer eine Huflänge Abstand halten“ – das hat die Ziege jetzt davon!



# Das Messer hat die Edelquartiere erreicht

Von BEOBACHTER | Selten ist ein prominenter Politiker von seinem Geschwätz so brutal eingeholt worden wie der ehemalige Bundespräsident Christian Wulff ([„Auch der Islam gehört zu Deutschland“](#)) . Praktisch vor seiner Haustür im großbürgerlichen Burgwedel bei Hannover wurde [eine 24-Jährige ins Koma gestochen](#). Durch ein „syrisches Messer“. Das islamische Eroberungssymbol hat damit auch die Edelquartiere erreicht. Fragen an das frühere Staatsoberhaupt.

Der notorische Islam-Versteher Wulff muss sich fragen lassen: Was wäre, wenn es Ihre eigenen Kinder getroffen hätte? Wie wollen Sie der Familie des Messeropfers in Ihrer Gemeinde die Tat erklären? Die junge Frau schwebt weiterhin in Lebensgefahr. Geht es Ihnen und Ihrer Frau nicht wie Hunderttausenden Familien in Deutschland, die Angst um ihre Kinder vor Messerattacken haben? Würden Sie noch von „Einzelfall“ sprechen angesichts der Messer-Gewaltspirale durch fast ausschließlich islamische Täter in Deutschland?

Man soll nicht verallgemeinern, werden Sie einwenden. Aber warum distanzieren sich dann nicht fünf Millionen Moslems in Deutschland spontan von dieser Gewalt-Eskalation an ihren Gastgebern, wenn sie doch zu Deutschland gehören, wie Sie sagen? Oder mindestens Aiman Mazyek vom „Zentralrat der Muslime“, der 10.000 Muslime vertreten soll.

Von Ihrer hohen Warte aus können Sie leichthin vom Islam reden, der zu Deutschland gehört. Was Sie und andere Spitzenpolitiker von normalen Deutschen unterscheidet, ist der Sicherheitskordon um sich und ihre Familien. Ein moslemischer „Störer“ wird niemals an sie herankommen, bis auf ein paar Meter vielleicht, dann haben ihn die Personenschützer niedergedrückt und ausgeschaltet. So geschehen vor kurzem in

Berlin, als ein Allahu-akbar-Rufer sich der Kanzlerin näherte und diese unbeeindruckt in ihren gepanzerte Limousine stieg, wo sie doch noch 2015 mit Selfies in der islamischen Flüchtlingsmenge badete und damit fremden Kulturen mit archaischen Sitten das Startsignal Richtung Deutschland gab.

Sie und andere hochrangige Politiker leben in Burgwedel abgeschirmt. Als Bundespräsident a.D. genießen Sie immer noch diverse Vorzüge. Neben knapp 240.000 Euro Ehrensold im Jahr (lebenslang), einem Büro in Berlin, Dienstwagen mit Chauffeur und Sicherheitsbeamten sollen auch besondere bauliche Schutzmaßnahmen dazugehören. Deshalb scheiterten auch im Januar 2018 Einbrecher, als sie die Haustür von [Ihrem Domizil](#) aufhebeln wollten. Ihre Frau Bettina (44) rief die Polizei, dann Entwarnung. Es war beim [Einbruchversuch](#) geblieben. Sie sind in der Islam-Debatte zum Symbol geworden für die „Wir hier oben, ihr dort unten“-Bürger

### **Normale Bürger haben keine Bodyguards**

Sie wohnen wie viele der wohlbetuchten BärchenwerferInnen in einer (noch) weitgehend sicheren Community. Die hohen Grundstückspreise und Mieten Ihrer Edelquartiere machen es möglich. Aber Sie sehen: schon ein Gang zum Edeka-Markt kann Lebensgefahr bedeuten, der islamische Messer-Terror hat mittlerweile auch die Edelquartiere erreicht. Seien Sie ehrlich mit sich, solche Brutaltaten kamen früher allenfalls im hannoverschen Rotlichtbezirk „Steintor“ vor, nicht in einer Landgemeinde wie Großburgwedel. Statt Zuhältern stechen jetzt schon Teenies zu.

Normale Bürger in Deutschland müssen mit der alltäglichen importierten Gefahr durch gewalttätige „Flüchtlinge“ leben. Sie haben keine Bodyguards, keinen vom Staat bezahlten Einbruchschutz und keine Wohnungsüberwachung. Im Gegenteil, wenn sie sich auf dem nächtlichen Nachhauseweg schützen wollen, laufen sie schnell Gefahr, bei Gegenwehr selbst angeklagt zu werden.

Diesen Bürgern geben Ihresgleichen banale Ratschläge. Eine [Armlänge Abstand](#) halten, riet Kölns weltfremde Oberbürgermeisterin Reker. „[Man muss nicht unbedingt Menschen nah an sich ranlassen](#)“, empfahl Herbert Reul (CDU), Innenminister von NRW, in fast bemitleidenswerter Einfalt beim Eingeständnis rasant zunehmender Messerattacken. Und ergänzte, dass die Bürger einfach sensibler sein müssten. Seine eigenen Beamten rüstet er mit Schutzwesten aus.

Werter Herr Wulff, die „Menschen“ in Deutschland sind verdammt sensibel. Sie gehen bereits zu Tausenden auf die Straße, um ihren Protest gegen die Irrsinnspolitik ihrer Mentorin Angela Merkel lautstark kund zu tun. Aber wenn sie das wie am Wochenende in Kandel tun, wo ein syrischer „Flüchtling“ [die 15-jährige Mia](#) abmesserte, dann werden sie in vom Staat organisierten und bezahlten „Gegendemonstrationen“ von oberster Stelle als Hetzer, Rassisten und Rechtsradikale verleumdet. Noch schlimmer: die Anfahrtstrecken per Auto, Bus oder Bahn zur Demo und vor Ort werden durch Antifa blockiert. Es heißt: wer sich wehrt, der verallgemeinert und schürt Hass. So einfach, wie die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD), sollten Sie es sich nicht machen, Herr Wulff. Denn nach dem versuchten Messermord nur wenige Minuten von Ihnen entfernt müssen Sie zugeben: Kandel ist überall!

Wissen Sie, dass in Kommentaren im sozialen Netzwerk schon von „wulffen“ die Rede ist, wenn islamische Straftäter Messer einsetzen? Wissen Sie, dass ein Messerangriff auf eine Lehrerin durch einen 7-jährigen Zweitklässler hohnvoll als „Hantieren“ mit dem gefährlichen Stichwerkzeug verniedlicht wird. Durch den grünen Ministerpräsidenten Kretschmann nämlich, selbst früher ein Lehrer.

## **Messer, das stählerne Synonym für die Islamisierung Deutschlands**

Wohlbemerkt, es geht in diesem Beitrag nur um Messerattacken, eine kulturelle Spezialität derer, für deren inkompatible



Religion Sie sich verwenden. Von den Tausenden anderer koranbeeinflusster Straftaten seit Ihrem fatalen Satz soll hier nicht die Rede sein. Das Messer ist zum stahlgewordenen Synonym für die gewaltsame Islamisierung Deutschlands und dessen nicht gelingende Integration geworden.

In den Netzwerken wird kolportiert, dass die Familien der syrischen Teenies von Großburgwedel integriert und ihre Kinder Einser-Schüler seien. Warum trägt dann einer von ihnen ein Messer bei sich, und nicht das Schulheft? Warum hat dann die Integration Samstagabend vor dem Edeka-Markt offensichtlich versagt? Könnte es sein, dass Sie, Herr Wulff, sich geirrt haben und der Islam eben nicht zu Deutschland gehört? Wenn Sie bei Ihrer Auffassung bleiben, sollten Sie so ehrlich sein und umgehend ihre Worte ergänzen: „Auch das islamische Messer ist ein Teil Deutschlands“.

Aber auch andere haben den Knall noch nicht gehört:

### **Schröder-Köpf will den Teufel mit Beelzebub bekämpfen**

Die Integrationsbeauftragte der niedersächsischen Landesregierung, Doris Schröder-Köpf (SPD), will den Teufel mit Beelzebub bekämpfen. Sie sprach sich mit Blick auf die Messerattacke für einen schnellen Familiennachzug bei Flüchtlingen aus. „Wir wissen, dass Perspektiv- und Sprachlosigkeit die Aggression erhöht und zugleich die Anwesenheit von Frauen mäßigend wirkt“, sagte die SPD-Politikerin [„Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“](#).

Schröder-Köpf betonte, dass Zuwanderer statistisch betrachtet nicht aggressiver seien als Einheimische. „Aber es kommen eben vor allem junge Männer, und gerade bei Männern zwischen 13 und 35 ist das Gewaltpotenzial in allen Kulturen erhöht“, beschrieb sie im „HAZ“-Interview.

Frau Schröder-Köpf muss es wissen: die Ex-Frau von Alt-Kanzler Gerd Schröder ist mit Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius (SPD) liiert . Und der ist Herr über die



## Reul: „Man muss nicht unbedingt Menschen nah an sich ranlassen“

Von INXI | Nicht, dass das Versagen der Eliten etwas neues wäre. Aber den Vogel hat jetzt der Innenminister des Kalifats NRW und Merkel-Paladin, Herbert Reul (CDU), abgeschossen. Nachdem selbst die SPD in NRW feststellen mußte, dass die Messer im Pott locker sitzen, ließ die Landtagsfraktion derartige Angriffe des letzten halben Jahres zählen und kam zu einem erschreckenden Ergebnis: 572 Messerattacken, also drei pro Tag im genannten Zeitraum. Grund genug für die Genossen, den Standpunkt der Landesregierung zu eruieren. Es [antwortete Innenminister Reul](#) wie folgt:

„Polizisten schützen wir dadurch, daß wir sie mit Schutzwesten ausstatten, dadurch dass wir sie vorbereiten in Schulungen auf solche Vorgehen, und Bürgerinnen und Bürger werden einfach sensibler sein müssen. Man muß nicht unbedingt Menschen nah an sich ranlassen.“

Diese zwei Sätze sind ein Skandal! Ein Skandal deswegen, weil sie nicht unbedingt von Hilflosigkeit zeugen müssen, sondern das Nichtwollen der Regierenden auf den Punkt bringen, die

Gesellschaft vor messerstechenden Invasoren zu schützen. Die „Ärmellänge Abstand“ von Henriette Reker aus Köln lässt grüßen!

Was möchte Reul den Deutschen sagen? Die Polizei wird geschult und geschützt (Gefahr also klar erkannt) und der Michel muss halt sehen, wie er zurechtkommt. Sensibel soll er sein; fehlt nur noch duldsam und ehrfürchtig!

Allerdings stimmt der letzte Satz. Ja, man muss Invasoren nicht an sich heranlassen, man darf sie nicht mal ins Land lassen, Herr Minister. Jedoch wird der Systemknecht Herbert Reul dies so nicht gemeint haben. Die tausenden Opfer der Invasion sind dem Minister und seiner Partei sicher zutiefst dankbar für derartige Ratschläge.

Übrigens, Reul ist Soziologe und Vater dreier Töchter. Was wird er wohl denen raten?

#### Kontakt:

Ministerium des Innern  
des Landes Nordrhein-Westfalen

Herbert Reul (CDU)

Friedrichstraße 62 – 80

40217 Düsseldorf

Telefon +49 (0) 211-871-01

Telefax +49 (0) 211-871-3355

[poststelle@mik.nrw.de](mailto:poststelle@mik.nrw.de) oder [herbert.reul@im.nrw.de](mailto:herbert.reul@im.nrw.de)

[Facebook](#)